

# Volkswirtschaft und Staats- haushalt.

Nicht Selbstweß ist der Staatshaushalt. Die Wirtschaft des Staates schwebt nicht schwerelos über den Wassern, sondern wurzelt in der Wirtschaft des Volkes, aus der sie ihre Nahrung zieht wie der Baum aus der Erdkrume. Es gibt üppig wuchernde Gewächse, die ihren Boden überrasch ausfaugen und so sich selbst zum frühen Verdorren verurteilen. Die Ausdehnung des Staatshaushaltet findet ihre festen und natürlichen Grenzen an den Erträgen der Volkswirtschaft; schöpft er diese aus, so verkümmert der Boden mit samt dem Baume.

Das Markotikum einer stets willigen Presse wiegt die Staatsbürger in Sorglosigkeit. In dem Eifer, die ernste vaterländische Pflicht der Besigenden zur Zeichnung von Kriegsanleihe zum Geschäft und beinahe zum Vergnügen zu machen, treibt sie nicht nur selbst den Zinsfuß hinauf, sondern macht den Rentenbesitz populär. Der Finanzminister findet, an den Kriegsanleihen seien die weitesten Volksschichten interessiert, auch die Einleger der Sparkassen, und gerade darin, daß die Kriegsanleihen in den weitesten Schichten der Bevölkerung untergebracht sind, seien eine Versicherung und ein Anker für ihre Sicherheit zu sehen; die Regierung und die Volksvertretung würden daher vereint dafür sorgen, daß keine Art sonstigen Vermögens vor den Kriegsanleihen einen Vorzug genießt. Aber für diesen Vorzug der Anleihen sorgt schon ihre übermäßig hohe Verzinsung, die wir offenkundig dem absoluten Regime und seiner Schwäche gegenüber dem Finanzkapital zu danken haben. Eine gewissenhafte Volksvertretung, die, von der Notwendigkeit der Kriegsführung überzeugt, vom Kapital Opfer zu fordern das volle Recht besessen hätte, würde klug getan haben, alle Loß- und Reizmittel zu verschmähen und Zwangsanleihen zu mäßigem Zinsfuß auszuschreiben. Schon dadurch würden wir vielleicht die Zinslast um ein Drittel oder ein Viertel verringert haben. Zugleich wäre der falsche Schein vermieden worden, als ob die Umwandlung eines vollen Drittels unseres Volksvermögens in zinstragende Papiere, in mäßige Rentenmittel, in eine Quelle arbeitslosen Einkommens am Ende gar empfehlenswert wäre. Ein solcher Berg von Schuldtiteln erzieht einen beträchtlichen Volksteil zu einem Rentnerdasein ohne die Nötigung zu irgend einer wirtschaftlichen Betätigung; er läßt es vermöge der Verzinsung den Vermögenden wünschenswert erscheinen, selbst von der Unternehmertätigkeit abzusehen und zu „privatisieren“. Die Rente zehrt allmählich so manche sittliche Kraft auf, die unsere Landesbewohner bisher ausgezeichnet hat; hierfür ist die Bevölkerungsentwicklung Frankreichs für alle Welt ein warnendes Beispiel. Zu diesen Verlockungen kommt eine Reihe arger Erschwerungen: Besteht etwa ein Drittel alles Vermögens in Papier, so müssen die anderen zwei Drittel des Volksvermögens aus ihren Erträgen das eine Drittel verzinsen; diese Last schmälert die Wirtschaftserträge so, daß die werthschaffende Tätigkeit schlecht lohnt. Wir wissen das vom nahen Orient her, wo die Abgabe des Drittels die Landwirtschaft verelendet hat. Eine Steuerlast von solcher Wucht bringt den Wirtschaftsgeist wie die Arbeitskraft zum Verkümmern. Aus den fargen Resten, die die Steuer übrig läßt, bilden sich allzu langsam neue Kapitalien und die wirtschaftliche Entwicklung gerät ins Stocken. Wirtschaftlicher Stillstand erzeugt Arbeitslosigkeit, Konsum einschränkung und Massenelend. Weit entfernt, irgend einen Vorteil zu bringen, steigert dieser Zustand seine Nebel beinahe von Monat zu Monat. Darum scheint es uns höchst gefährlich, ja ganz unmöglich, sich durch reguläre Steuern auf diese Kriegsschuld irgendwie ständig einzurichten. Wir glauben sogar, daß es nicht einmal gelingen kann, weil die Methoden der Steuer hier überhaupt versagen: aber selbst wenn es gelingen

könnte, dürfte es nach unserer Ueberzeugung nicht unternommen werden. Der Staatshaushalt kann nicht so eingerichtet werden, daß der Volkswirtschaft die Lust zum Atmen auf die Dauer benommen bleibt.

Die Arbeiterklasse stand weit abseits, als sich die Kabinette Europas in den Krieg verstrickten, als die Spannungen des kapitalistischen Wettstreits zur Entladung kamen und der in allen Staaten herrschend gewordene Militarismus sein Werk antrat — sie hat keinen Anlaß, sich jetzt mit rettenden Vorschlägen vorzudrängen, wo der Schaden da ist und der Ausweg gesucht wird. Allerdings hat sie auch keinen Grund zur Schadenfreude, da sie selbst unter den Wehen wie unter den Nachwehen des Krieges am meisten leidet. Sie muß jedoch vorweg für die freundliche Einladung danken, die Kriegslast hinterher durch indirekte Steuern gerade auf die eigenen schuldlosen Schultern zu nehmen. Die Kosten des imperialistischen Wettstreits des Kapitals wird in erster Linie dieses Kapital selbst zu tragen haben, zumal da es sich im Krieg an der allgemeinen Not noch recht ansehnlich herausgemästet hat. Das Proletariat und die Masse der kleinen Leute sind wohl mit Zug überrascht durch die Botschaft, daß man eine große Vermögensabgabe für nicht aktuell hält und erst eingehenden Studiums bedürftig findet. Das Volk zahlt die Wirris der Welt mit seinem Blute, es ist nur recht und billig, daß das Kapital den Schaden mit seinem Gute zahle. Die Vermögensabgabe ganz oder auch nur auf Zeit auszuschalten und der indirekten Lohnsteuer beim Zahlen höflich den Vortritt zu lassen ist eine Zumutung, die keiner Volksvertretung der Welt gestellt werden kann. Wenn schon Steuern, dann vor allem die Vermögenssteuer! Die Finanzverwaltung wird also ihr Programm auf jeden Fall sehr gründlich revidieren müssen.

Aber es kam sich bei der tiefen Erschütterung unseres Wirtschaftslebens ganz und gar nicht darum handeln, durch ein System von neuen und erhöhten Steuern die Zinslast zu decken und so zwischen Volksvermögen und Staatsschuld gleichsam die dauernde Symbiose von Baum und Flechte herzustellen. Das wäre tatsächlich die systematisierte Verelendung unserer Volkswirtschaft, das hieße neben je zwei schaffenden Bürgern einen dritten einmisten, der von dem Fleische der beiden lebt. Eine derartige Wirtschaftsverfassung ertrüge kein Volk, auch wenn es sonst Engelsgeduld besäße. Darum behaupten wir, daß die Kriegsschuld überhaupt kein Problem der Besteuerung ist, sondern eine hochernste, die Zukunft unseres ganzen Volkes entscheidende wirtschaftliche und soziale Frage. Wirtschaftlich, weil von ihrer Beantwortung abhängt, ob und wie wir überhaupt weiter wirtschaften können, und sozial, weil zu entscheiden steht, ob wir über unserem Volkskörper dauernd eine breite und mächtige Klasse von arbeitsfremden Rentnern einrichten wollen, der alle arbeitenden und sonst tätigen Schichten, Arbeiter wie selbstwirtschaftende Unternehmer, auf Jahrzehnte hinaus tributpflichtig sein müßten. Diese zwei Fragen sind uns allen Erstes gestellt und darum lautet die uns gestellte Aufgabe tatsächlich — das ist kein Markotikum —, ohne Ansehen der zu bringenden Opfer die Kriegsschuld so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen. Und einen gangbaren Weg dazu der Volksvertretung zu weisen ist die Pflicht einer gewissenhaften Finanzverwaltung wie einer einsichtsvollen Volksvertretung. Wenn das Finanzprogramm dieser Regierung zur Erweiterung kommen sollte, wird die Beratung tiefer greifen müssen als die Pläne und Gründe des Finanzministers.